Sachdokumentation:

Signatur: DS 5465

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5465

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Newsletter vom 30. November 2025

Inhalt

Eine pädagogische Wende für die Volksschule!....1
28. November 2025, Marianne Wüthrich....1
Wer hat die Definitionsmacht über die Schulen übernommen? Die Folgen sind verheerend. Carl Bossard fordert eine Wende....3
SICHTWEISENSCHWEIZ.CH, 10. November 2025, Interview mit Carl Bossard von Beat Schaller....3
Breite Kritik an den Förderklasse-Plänen....12
NZZ, 15. November 2025, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach....12
Silvia Steiner sagt Ja zu Förderklassen....14
Tages-Anzeiger, 14. November 2025, Zürich, Fabienne Sennhauser....14
Sie bringt Ruhe in die emotionale Debatte....16
Tages-Anzeiger, 14. November 2025, Meinungen, Fabienne Sennhauser....16
«Wir kommen nicht mehr aus dem Abklären raus»....17
Luzerner Zeitung, 27. Oktober 2025, Piazza, Ralph Steiner, watson....17
Es braucht Ruhe, Zuversicht und gut geschulte Lehrpersonen....20
Luzerner Zeitung, 3. November 2025, Forum, Leserbrief....20

Eine pädagogische Wende für die Volksschule!

28. November 2025, Marianne Wüthrich

«Wer hat die Definitionsmacht über die Schulen übernommen?» fragt Carl Bossard in seinem kürzlich veröffentlichten Interview und gibt sogleich eine klare Antwort. Verantwortlich für die heutige Bildungsmisere sind die Pädagogischen Hochschulen, im Päckli mit der EDK und der Bildungsverwaltung in Bund und Kantonen, die abgekoppelt von den realen Zuständen in den Schulstuben und den alltäglichen Berichten aus der Lehrerschaft unbeirrt ihr Süppchen kochen. Eifrig sekundiert durch Heerscharen von Beratungsunternehmen, die mit den Reformprogrammen Milliarden verdienen. Und 's Tüpfli uf em i: Nachdem handfeste Studien seit Jahren den ungenügenden Stand eines erschreckend grossen Teils unserer Schulabgänger schwarz auf weiss belegen, haben doch tatsächlich auch die PHs davon Notiz genommen und beklagen den Leistungsabfall an den Schulen, den

sie in Tat und Wahrheit mit ihren Reformen selbst bewirkt haben! Einen «Masterplan» wollen sie für die Volksschule – als ob die Schreibtischtäter nicht schon genug Unheil angerichtet hätten mit ihren pädagogisch untauglichen Programmen. Dem setzt Carl Bossard glasklar entgegen, wir bräuchten keinen «Masterplan», sondern «eine pädagogische Wende, um eine wirklich gute ‹Schule für alle› zu schaffen – klug geführt und mit effektiven Lernprozessen.»

Es ist wohltuend, wie Carl Bossard beharrlich zum Wesentlichen der Schule zurückführt: zum pädagogischen Dreiklang Pestalozzis (Kopf, Herz und Hand), zum Lehrer als engagiertem Visavis, der seinen Schülern die Welt öffnet, zur Klassengemeinschaft als Ort des Miteinander-Lernens.

Auf diesem pädagogisch-psychologischen Boden gilt es auch die anderen Fragen einzuordnen, die in unserer Textsammlung aufgeworfen werden. Es muss immer darum gehen, wie wir den Kindern den Weg zum Lernen und zum aktiven Miteinander auftun können.

Förderklassen: Auftrag des Kantonsrats ohne Wenn und Aber umsetzen

Die Pseudo-Umsetzung der Förderklassen-Initiative durch die demokratieresistente Zürcher Bildungsdirektorin – und EDK-Präsidentin! – tut diesen Weg nicht auf. Vielmehr versucht Silvia Steiner entgegen dem klaren Auftrag des Kantonsrats ihren Stiefel durchzuziehen. Statt die Einrichtung von Förderklassen ins Zentrum zu stellen, schmückt sie ihren Entwurf mit den fragwürdigen «Schulinseln» aus. Dabei sind diese aus pädagogisch-psycholgischer Sicht eine Notlösung, die den zeitweilig ausgelagerten Kindern kaum hilft, ihren Platz in einer Klassengemeinschaft zu finden und beim Lernen Tritt zu fassen. Übrigens: Wenn etwas diskriminierend ist, ist es die Aussperrung eines Kindes aus der Klassengemeinschaft. Früher schickte der Lehrer störende Schüler «vor die Türe», solche Methoden glaubten wir eigentlich für überwunden.

Es ist schwer nachvollziehbar, wie die Redaktion des Tages-Anzeigers behaupten kann, Silvia Steiner habe «einen «Schweizer Kompromiss» gefunden und damit «eine wohltuende Ruhe in die Debatte gebracht». Nennt man es neuestens einen Kompromiss, wenn die Exekutive einen klaren Parlamentsentscheid in ihrem Sinne umfunktioniert?

Statt die untaugliche Integration aller Kinder in die Regelklassen zu hinterfragen, schafft man mit den Schulinseln eine Alibi-Lösung, die vom Grundproblem ablenken soll. Dazu bemerkt Schulleiterin und Mitinitiantin Yasmine Bourgeois, das Förderklassenkonzept passe halt nicht zur gängigen Vorstellung von integrativer Schule: «Stattdessen schiebt man Schüler lieber zwischen Regelklassen und Schulinseln hin und her.» Demgegenüber könnten viele Schülerinnen in Förderklassen eine stabile Lernsituation finden. Gönnen wir das doch unseren Kindern!

Diagnosenboom oder kindgerechte Wege?

Eine weitere schädliche Folge der Integration um jeden Preis ist die steigende Diagnoseflut. Die Luzerner Zeitung greift das Problem kritisch auf. Weil die Lehrer mit ihren heterogenen Klassen häufig überfordert sind, leiten viele in der Not eine psychiatrische Abklärung ein, zuweilen auch bei Kindern mit lediglich leicht auffälligem Verhalten, so ein Kinderpsychiater. Dabei könne es vorkommen, dass ein stilles Kind mit einer echten Entwicklungsstörung vergessen gehe, weil es den Unterricht nicht stört, berichtet eine erfahrene Lehrerin. Der Grund für eine Abklärung ist manchmal einzig die Hoffnung der Lehrerin auf die Bewilligung von mehr Helfern in ihrer Klasse.

Das kann es doch nicht sein! Dass ein radikales Integrationsmodell nicht praxistauglich ist, sollen «störende» Kinder ausbaden, die zum Teil gar keine medizinische Behandlung benötigen? LCH-Präsidentin Dagmar Rösler gibt erstaunlicherweise zu, «dass wir mit der integrativen Schule an eine Grenze gekommen sind und ernsthaft Lösungen suchen müssen, wie man diese gezielt stärken kann.» Von einer Lehrervertreterin wäre zu erwarten, dass sie nun konsequent den nächsten Schritt wagt und endlich die Notwendigkeit von Förderklassen anerkennt. Denn diese sind eine sinnvolle Ergänzung zu den Regelklassen, damit jedes Kind die Chance zu einer adäquaten persönlichen Förderung erhält. Gleichzeitig würden wir damit auch die Regelklassen «gezielt stärken», indem dort ein geordneter Unterricht wieder besser möglich wäre.

In ihrem Leserbrief fordert eine Kindergärtnerin Weiterbildungen, in denen die Lehrkräfte Einblick in psychologische und soziale Ursachen kindlicher Entwicklungsstörungen erhalten und angeleitet werden, wie sie Kindern mit persönlichen Schwierigkeiten helfen können, ihren Weg zu finden. Dazu braucht es «Ruhe, Zuversicht und gut geschulte Lehrpersonen».

Ein spannendes Päckli finden Sie in unserer Textsammlung – viel Vergnügen!

Marianne Wüthrich

Wer hat die Definitionsmacht über die Schulen übernommen? Die Folgen sind verheerend. Carl Bossard fordert eine Wende.

SICHTWEISENSCHWEIZ.CH, 10. November 2025, Interview mit Carl Bossard von Beat Schaller.

Was in der Schule gelehrt und wie unterrichtet wird, bestimmt inzwischen ein kleiner Bildungszirkel: bürokratisch abgeschottet, akademisch abgehoben und weitgehend abgekoppelt von der Schulwirklichkeit.

Für die Lehrer, Schüler, Eltern sowie die Wirtschaft und Gesellschaft sind die Folgen verheerend.

Wer gefordert ist, was wirkt und wie die pädagogische Wende für die Schulen des 21. Jahrhunderts zu schaffen ist, zeigt Carl Bossard im aufrüttelnden Interview auf – scharfsinnig, sachverständig, schlüssig.

Sie leben in Stans im Kanton Nidwalden, just da, wo der grosse Schweizer Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi 1798/1799 wirkte. Nicht nur wir leben, auch Pestalozzi lebte in einer bewegten Zeit. Was kann Pestalozzi aus Ihrer Sicht der heutigen Schule mit auf den Weg geben?

«Vieles im pädagogischen Alltag kann auf drei Punkte reduziert oder durch drei geteilt werden. Wir kennen es beispielweise vom pädagogischen Dreieck mit der Lehrperson, den jungen Menschen und den Lerninhalten her. Hier drin, in diesem Dreieck, vollziehen sich die kognitiven und sozialen Lernprozesse der jungen Menschen: eine Trias.

Johann Heinrich Pestalozzi hat es mit seinem pädagogischen Dreiklang Kopf – Herz – Hand vorgemacht. Er wusste, wie wichtig Bildung für junge Menschen ist und dass man alles zusammen entwickeln muss: die Gefühle im Herzen, den Scharfsinn im Kopf und die Geschicklichkeit der beweglichen Hand. Er hat es begriffen, hat es gelehrt, und oft ist er in der Praxis gescheitert. Aber versucht hat er es mit einer beseelten Leidenschaft. Darum hat er bei den Kindern gewirkt. Sein berührender «Stanser Brief» von 1799 legt beredtes Zeugnis ab.

Wichtig sind eben, wie es Pestalozzi gelehrt hat, die «drei grossen G»: Grundwissen, Grundfertigkeiten, Grundhaltungen. Eine pädagogisch-didaktische Trias, die gar nicht veralten kann, weil sie so etwas wie ein NON PLUS ULTRA darstellt.

> *Unsere Kinder müssen etwas wissen, sie müssen etwas können, und beides zusammen soll sie besser denken und handeln lassen.*

Nur so, durch die Mikroprozesse des Lernens, entsteht das, was fundamental und in Zeiten von Fake News, KI und Chat-GPT geradezu unabdingbar ist: Bildung als «Unverführbarkeit». So hat es der deutsche Philosoph Hans Blumenberg formuliert. Das aber setze elementare Grundkompetenzen wie Lese- und Denkfähigkeit voraus. Sie sind das Ergebnis systematischen Lernens und kreativen Arbeitens. Das muss das Ziel der Schule sein.

> *Und noch etwas scheint mir ganz wichtig und aktuell. Pestalozzi hat als einer der ersten vom individuellen Lernen weggeführt und einen gemeinsamen Unterricht eingeführt. Bis dahin lernte jedes Kind irgendwie für sich und mit eigenen Hilfsmitteln. Das Miteinander-Lernen für eine gemeinsame Welt: etwas Revolutionäres! Heute lösen wir übers individualisierte Lernen die Klassengemeinschaft tendenziell wieder auf. Und wenn es nach der Bertelsmann-Stiftung und den IT-Konzernen geht, lernt in Zukunft jede Schülerin für sich, jeder Schüler allein, alle isoliert und mit digitalen Geräten in ihren eigenen Lernboxen. Die Klasse als Sozialraum existiert nicht mehr. Eine problematische Reform!»*

Bildungspropheten und Bildungsrevolutionäre setzen heutzutage Bildung mit Reform gleich? Was meinen diese damit?

«Neu» muss es sein und innovativ. Fast alles, was etwas auf sich hält, wird als «neu» erklärt. Das bringt Beifall und Akzeptanz. Das «Neue» gilt vielen schon als das Bessere und dem «Alten» eo ipso Überlegene. Das versteht sich; niemand will als altbacken gelten. Die Pädagogik ist dafür besonders anfällig und mit ihr die Bildungspolitik – aus Sorge, nicht mehr zeitgemäss zu sein.

> *Vergessen gehen die anthropologischen Konstanten, ignoriert wird das, was immer gilt – weil wir Menschen sind.*

Die menschliche Evolution ist eben nicht mit der technischen Innovation gleichzusetzen. Doch das geschieht. Und wo nicht mehr nachgedacht wird, da wird vorgedacht – mit neuen Begriffen und Slogans: «Neues Lernen» beispielsweise oder «Neue Lernkultur», auch «Neue Autorität».

Bei der Reformkaskade der vergangenen Jahre ging zudem vergessen, was der Philosoph und Pädagoge Eduard Spranger als das «Gesetz der nicht beabsichtigten Nebenwirkungen» bezeichnet hat. Ich nenne ein Beispiel: Wenn wir etwas ausdehnen, minimiert sich der Gegenvektor, das Üben:

Über die frühen Fremdsprachen haben wir die Inhalte in der Primarschule ausgedehnt. Dafür reduziert und minimiert sich die Zeit fürs Festigen, fürs Automatisieren und Anwenden.

> *Wir können nicht beide Vektoren gleichzeitig maximieren: die Inhalte ausdehnen **und** zugleich auch das Üben erweitern. Das Gesetz der Gegenbuchung!*

Wenn die Nacht länger wird, zieht sich der Tag zurück und wird kürzer. Das hat nichts mit Ideologie zu tun. Das ist schlichte Proportionenrechnung. Die Folgen zeigen sich in den sinkenden Lernleistungen wie dem verstehenden Lesen oder dem kohärenten Schreiben. Das Gesetz der nicht beabsichtigten Nebenwirkungen!»

Zum Gesetz der Gegenbuchung eine weitere Baustelle: Wie verändern und verlagern sich die Vektoren zwischen Familie und Schule, zwischen Erziehung und Unterricht? Mit welchen Konsequenzen für die Volksschule?

«Die Schule hat es heute schwerer als noch vor einigen Jahren. Sie hat viele ihrer stillen Verbündeten verloren – jene Gratiskräfte, die einst selbstverständlich mitwirkten: beispielsweise das Mitziehen der Eltern, ihr subsidiäres schulisches Wirken zu Hause. Früher standen Eltern tendenziell auf der Seite der Lehrerin, des Lehrers. Heute ist das oft anders – mit spürbaren Konsequenzen für den Schulalltag.

> *Manche Eltern räumen ihren Kindern alle Steine aus dem Weg. Nicht mehr jedes Kind hat darum das Recht, nicht verwöhnt zu werden. Doch Lernen ist anstrengend, verlangt Einsatz und Ausdauer. In diesem Sinne muss die Schule gegenhalten, manchmal sogar eine Gegenwelt aufbauen. Das gehörte schon immer zu ihrem Auftrag. Stark wird ein junger Mensch am Widerstand, nicht an Watte und Wolle.*

Weil diese Kräfte aus dem Elternhaus schwächer werden, muss die Schule heute stärker gegenläufig wirken, Gegenkräfte aktivieren. Das ist anspruchsvoll. In seinem Erziehungsbuch plädiert der Dichter Jean Paul dafür, Kinder auch gegen den Zeitgeist zu erziehen, weil er ohnehin genug Wirkung entfalte. Kinder und Jugendliche brauchen eine Gegenkraft, einen Eigenhalt, eine Resistenz. Nur so erwerben sie jene Mündigkeit und Freiheit, die zu Recht gefordert wird – und jene Resilienz, von der heute so oft die Rede ist.

> *Es ist das Dialektische des schulischen Bildungsauftrags: Mit der Welt gehen, ihr aber zugleich widerstehen.»*

Wo andere schulische Fehlentwicklungen zerreden, erhellen Sie Zusammenhänge mit wenigen Worten: «Die Lehrpläne wachsen – die Lernleistung sinkt». Was steckt dahinter?

«Wer sich ins Feld der Pädagogik begibt, setzt sich dialektischen Prozessen und damit Spannungsfeldern aus. Er ist immer eingespannt ins Widerstreitende von Idealität und Realität beispielsweise, von Theorie und Praxis.

> *Der Gegenbegriff zur Theorie ist meines Erachtens nicht die Praxis, sondern die Empirie, die reflektierte Praxis. Das ist die berufliche Erfahrung, die sogenannte Professionsempirie.*

Darum habe ich – auch als Direktor der Kantonsschule Luzern oder als Gründungsrektor der PH Zug – immer selber unterrichtet. Ich wollte Theorie und Empirie im gelebten Schulalltag verbinden.

Das legitimiert mich, Fehlentwicklungen zu benennen – auf der Basis des Wohlwollens gegenüber der Institution Schule, aber unerbittlich in der konkreten Sache.»

**«Wir bilden uns nicht allein und selbstgesteuert:
Bildung kommt nicht von einem Coach oder Lernbegleiter.
Bildung kommt von einem engagierten Visavis, das mich inspiriert,
von einer Lehrerin, einem Lehrer.»**

Dr. Carl Bossard, Pädagoge

Mit dem Lehrplan 21 werden Kinder auf ihr messbares Können reduziert: kleinteilig, kompetenzorientiert, intensiv. Was bedeutet das für das Kindsein? Wie gerne wären Sie heute Schüler?

«Das kann ich nicht sagen, weil ich nicht vergleichen kann. Ich weiss nur eines: Die Steuerungs- und Kontrolltendenzen im Bildungssystem bringen die Schulen unter Druck, ohne dass bessere Lernleistungen resultieren. Diese technokratische Sicht verkennt das Wesen des Unterrichts.

Und noch etwas spüren wir: Der Wissens- und Informationsgesellschaft droht die Bildung abhandenzukommen. Bildung hat es heute schwer. Gefragt sind Kompetenzen, beruflich kalkulierbar, ökonomisch einsetzbar, finanziell verwertbar. Das kalte Kalkül der Nützlichkeit dominiert und diktiert. Die Idee der betriebswirtschaftlichen Effizienz hat die Idee der Bildung verdrängt. Relevant ist sie als ökonomischer Faktor und «bilanzierbare Kennzahl des Humankapitals» – unter den Parametern des maximierten Gewinns. So scheint es, etwas pointiert formuliert.»

Wenn es nach dem Schweizer Schulleiter-Verband (VSLCH) geht, sind Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr Pädagogen, sondern nur noch Coachs und Lernbegleiter. Mit welchen Folgen?

«Von Hegel stammt die Kurzdefinition von Bildung, nämlich «Im Andern zu sich selbst kommen». Wir bilden uns nicht allein und selbstgesteuert. Wir brauchen ein vital präsentes Gegenüber, das uns zu uns selber führt und damit zum Denken als innerem Dialog zwischen mir und mir selbst. Das kommt nicht von einem Lernbegleiter oder Coach, der mir Arbeitspapiere zuteilt, das kommt von einem engagierten Visavis, das mich inspiriert, von einer Lehrerin, einem Lehrer. Autonom werde ich durch Emanzipation.»

«Noten sind in Not»: Gehören Schulnoten abgeschafft, wie von Thomas Minder vom Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH) oder von Dagmar Rösler, Präsidentin Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), gefordert? Worauf kommt es bei Noten an?

«Sind Noten (in der Primarschule) notwendig? Darüber zu reden ist nicht ganz einfach und auch heikel. Das Thema gleicht einem Minenfeld; es ist in der Tendenz negativ besetzt. Viele wollen sie abschaffen. Es gibt sicher die Not der Noten, doch sie haben auch ihren Wert. Als junger Lehrer war ich an einer Schule tätig, die das verbale Bewertungssystem praktiziert hat: die Lernleistungsbeurteilung mit Worten. Wie habe ich um einen gerechten «Beschrieb» gerungen. Stundenlang! – dies im Wissen: Worte können verletzen; Zahlen sind neutraler.

In einem wertschätzenden Umfeld, in einer fehlerfreundlichen Atmosphäre sind Noten, so habe ich es erlebt, nicht das Problem, sondern eine einfache und leicht verständliche Hilfe; die Note schafft Klarheit für eine aktuelle Lernleistung. Kinder wollen wissen, wo sie stehen. Mehr kann eine Note nicht.

Entscheidend ist das lernfördernde Feedback – im Sinne einer Artikulation der Differenz zwischen Sein und Sollen in Bezug auf die Sache, den Prozess und die Selbstregulation. Das gehört zwingend zur Note. Und genau das, Feedbacks zur Selbstregulation, wünschen sich die Lernenden am meisten. Doch sie erhalten es ganz selten. Die Forschung weist dies nach.»

Für viele ein Tabuthema: Gemäss Bundesamt für Statistik, die Zahlen stammen aus dem Erhebungszeitraum 2020-2022, weisen 55.9 Prozent der 7-14-jährigen schulpflichtigen Kinder einen Migrationshintergrund auf. Wie beeinflusst die Einwanderung in die Schweiz den Unterricht in der Volksschule?

«Das ist ein wenig erforschtes Feld. Ich kann darum nur unzureichend Auskunft erteilen. Eines wissen wir bestimmt: Die Sprache ist das Instrument des Denkens. Es darf nicht sein, dass zugezogene Kinder aus anderen Kulturen einer Klasse zugeteilt werden, ohne dass sie die deutsche Sprache verstehen. Das hilft diesen Kindern nicht, und das erschwert gleichzeitig den Unterricht zum Nachteil des Kollektivs.»

Sie erheben die Stimme für die Schülerinnen und Schüler: «Nicht die Schüler haben das Lesen verlernt – die Reformen haben es ihnen systematisch abgewöhnt.» Was meinen Sie damit?

«Das Üben hat – vor allem an den Pädagogischen Hochschulen – einen schalen Beigeschmack. Aus der Gedächtnisforschung aber wissen wir, dass Üben und Festigen das Zentrale, das Grundlegende des Lernens sind. Das gilt besonders für die Grundfertigkeiten Rechnen, Lesen und Schreiben: Je mehr wir etwas im täglichen Leben und unter Druck brauchen, desto intensiver müssen wir es trainieren, sagt die Forschung. Eben: Aufbauen mit dem Verstehen, dazu das Festigen übers Üben und Anwenden. Das haben wir vernachlässigt. Die Folgen kennen wir. Die empirischen Daten zeigen es überdeutlich.»

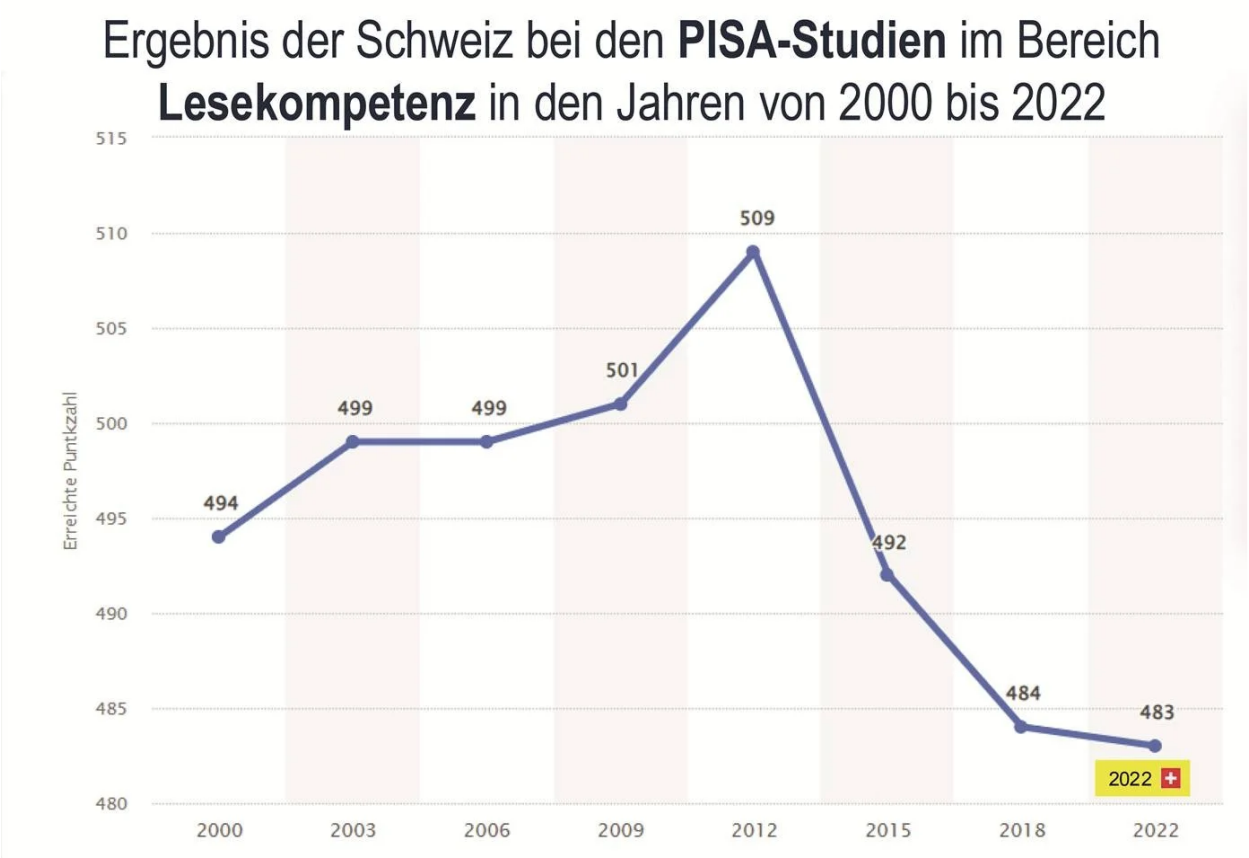
Nun scheint die grassierende Reformitis selbst die Reformer an den Abgrund zu führen: Im Herbst 2025 beklagen Pädagogische Hochschulen etwa in den TA-Medien den Leistungsabfall, den ihre Reformideen mitbewirkt haben – und fordern einen «Masterplan» für die Volksschule. Gehen Sie mit?

«Wir brauchen keinen neuen Masterplan, wie das ein Dozent der PH Zürich angesichts der nachlassenden Lernleistungen der Schulabgänger postuliert.

> *Wir brauchen eine pädagogische Wende, um eine wirklich gute «Schule für alle» zu schaffen – klug geführt und mit effektiven Lernprozessen.*

So findet die Schule wieder zu ihrem Kernauftrag, dem bildungswirksamen Lernen für alle. Das bewahrt uns davor, «sehenden Auges in ein schweres Problem hinein[zulaufen]», wie der gleiche Bildungswissenschaftler in apokalyptischen Worten warnt.

> *Die Pädagogischen Hochschulen beklagen plötzlich etwas, dass sie mit ihren Reformen selber mit verursacht haben. Doch darüber schweigen sie. Das scheint mir unredlich.»*



Auf der abschüssigen Bahn: Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler in der 9. Klasse 2000-2022. Bild: © Statista 2024: bearbeitet Carl Bossard («Bossardkurve»)

Wer hat die Macht im Bildungsboot Schweiz? Bei wem liegt de facto die Definitionsmacht für das, was gelehrt werden soll und wie unterrichtet werden muss?

> *«Ein kleiner universitär-akademischer Zirkel aus den Pädagogischen Hochschulen hat – im Verbund mit einer starken Bildungsbürokratie – die Definitionsmacht über die Schulen übernommen. Sie bestimmen, was gelehrt und vor allem wie unterrichtet werden muss – oft auch gegen die Praktiker. Das bedeutet eine Marginalisierung der Praxisempirie.»*

Pädagogische Hochschulen wurden in der Schweiz erst ab Mitte der 1990er Jahre gegründet. Wie konnten die Pädagogischen Hochschulen in rund dreissig Jahren die Definitionsmacht über die Volksschule an sich reissen?

> *«Den Pädagogischen Hochschulen ist es gelungen, sich der Kontrolle durch die kantonalen Bildungsdirektionen zu entziehen. Sie führen so etwas wie ein Eigenleben. Dabei berufen sie sich auf Entscheide der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren der Schweiz EDK, oft abgekoppelt von der täglichen Kärrnerarbeit im pädagogischen Parterre. Das führt – wir haben es angetönt – zu einem Bedeutungsverlust der Praxis und der Empirie.»*

Sie selbst bringen das Luhmann'sche Spiel der Subsysteme ins Spiel: Die Schule ist der Politik unterstellt. Wo liegt das Problem?

«Im Luhmann'schen Spiel der Subsysteme ist die Schule der Politik unterstellt. Sie muss steuern. In den vergangenen Jahren hat aber die Bildungsverwaltung über ihren forcierten und kräftigen Ausbau einen ungeahnten Einfluss erhalten. Es ist darum nicht immer klar, wer hier wen steuert. Offiziell wäre es die Bildungspolitik!»

Kann das Primat der Politik respektive der Bildungspolitik über die Schule hierzulande zurückgewonnen werden? Welche Hebel gibt es?

«Bei dieser Frage bin ich mit einer wegweisenden Antwort überfordert. Zu hoffen wäre es.»

Inwieweit wünschen Sie eine aktivere und agilere Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)?

«Da bin ich mir nicht so sicher. Die Funktion der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ist für mich zu wenig durchschaubar. Wenn ich sehe, wie lange es gedauert hat, bis die ernüchternden Ergebnisse der Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK 2023) an die Öffentlichkeit gekommen sind. Da war die beschönigende, ja euphemistische Kommunikation wichtiger als eine schnelle und schonungslose Resultattransparenz!

Ein zweites Beispiel. Wie wenig klar die EDK ist, zeigte sich im Spätherbst 2023. Publiziert wurden die PISA-Ergebnisse 2022. Das ehemalige Bildungsparadies Finnland war dabei in den Naturwissenschaften und im Lesen leicht vor der Schweiz platziert.

> *Der finnische Bildungsminister bezeichnete das Resultat seines Landes als «sehr besorgniserregend». Er kündigte Massnahmen an.*

Bei uns bewertete die damalige Präsidentin der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, die Zürcher Regierungsrätin Silvia Steiner, die leicht schlechteren Resultate als «gut» bis «sehr gut». Sie betonte das Relativierende, verwies auf das noch schwächere Abschneiden vergleichbarer Länder wie Deutschland und tröstete sich damit. «Wir sind über dem OECD-Durchschnitt!» (sic!), frohlockte sie. Dabei wussten wir um den dramatischen Rückgang beim Leseverstehen. Geschehen ist nichts. So etwas untergräbt jede Glaubwürdigkeit dieser Institution.»

Verabschieden kantonale Regierungen und Parlamente jährliche, also wiederkehrende Globalkredite an Pädagogische Hochschulen, verbinden sie diese mit Leistungsaufträgen, meist in der Art wie die Schaffung einer Unterrichtsbefähigung von Lehrkräften. Wären diese Geldflüsse nicht mit konkreteren Leistungsaufträgen respektive Vorgaben für eine wirksame Schulpraxis zu verknüpfen. Denn wer zahlt, der befiehlt?

«Da gehe ich mit Ihnen einig. Wir haben zu wenig Transparenz. Es ginge auch um einen Pro-Kopf-Vergleich zwischen den Kosten der ehemaligen Lehrerinnen- und Lehrerseminare und der heutigen Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen. Nicht selten fällt das Wort, wir seien mit der heutigen akademisierten Lehrerbildung hinter die damaligen Seminare zurückgefallen.»

Lehrerinnen und Lehrer arbeiten im schulischen Maschinenraum, kämpfen an vorderster Front. Welche sind deren Hauptanliegen? Wie stark fliessen deren Erwartungen bottom-up ein – oder eben nicht ein?

«Die Wissenschaft spricht von der marginalisierten Professionsempirie. Konkretisiert an einem Beispiel: Praxiserfahrene Lehrpersonen haben nachdrücklich vor der Einführung zweier Fremdsprachen in der Primarschule und den hehren Versprechen dieser Innovation gewarnt.

> *Die Bildungspolitik und die Verwaltungsstäbe haben nicht auf sie gehört. Im Gegenteil. Die Praktiker wurden in die ewiggestrige Ecke versetzt.*

Dabei wissen wir seit Jahren, dass beispielsweise das verstehende Lesen dramatisch abnimmt, ebenso das korrekte und kohärente Schreiben. Es fehlt die Zeit zum Üben. Genau darauf haben die warnenden Stimmen der Praxis verwiesen. Sie wurden – milde gesagt – belächelt. Kassandra lässt grüssen! Kein Bottom-up-Prozess. Leider.»

Mittlerweile hat sich eine ganze «Schulreformindustrie» mit lukrativen Geschäftsmodellen etabliert: Von den andauernden Strukturreformen profitieren Beratungsunternehmen mit Angeboten wie «Lernen neu denken», «kompetenzorientierte Lerndesigns» oder «postdigitale Pädagogik», um nur einige Beispiele zu nennen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

«Eine tragische Entwicklung. In und an der Bildung kann sehr viel Geld verdient werden. Private haben das längst entdeckt und drängen in die Schule. Ein lukratives Feld! Es sind oft die gleichen Leute, die Innovationen pushen und sich dann gleichzeitig als Berater anpreisen. Gegen teures Geld notabene.»

In der Schweiz werden Privatschulen stets populärer. Täuscht der Eindruck? Was bedeutet die Nachfrage nach Privatschulen für die hiesige Volksschule?

«Die Zahl der Privatschüler bleibt relativ stabil, bei rund fünf Prozent. Was dagegen zunimmt, ist die Zahl der privaten Lern- und Nachhilfeinstitute. Das erstaunt nicht.

> *Wir wissen, dass selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Rechnens und Schreibens oft grosse Lücken aufweisen. Wenn sie diese Grundlagen beherrschen, stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Nachhilfeinstitute dahinter. Das müsste den Bildungsverantwortlichen zu denken geben.*

Eine Google-Recherche zu den Stichworten «Nachhilfe, Gymi-Vorbereitung, Zürich» ergibt eine lange Liste von Angeboten – vom Schwarz- und Graumarkt für Zusatzlektionen nicht zu reden. Die Nachfrage muss gross sein, sonst gäbe es diesen Markt nicht. Da wird die Schule ihrem Kernauftrag zu wenig gerecht.»

Am 17. Januar 2025 stand die Mädchensekundarschule St. Katharina in Wil SG vor dem höchsten Schweizer Gericht. Vor das Bundesgericht wurde die „Kathi“ von Politikern gezerrt, denen die erfolgreiche Schule, Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter ist eine Absolventin, zuwider ist: Ist die Identifikation der Schule mit dem Christentum problematisch, die private Trägerschaft des Teufels, die Geschlechtertrennung unzumutbar?

«Ein Entscheid, den ich nicht verstehen konnte, initiiert aus einer politischen Ecke, denen hohe Lernleistungen und seduzierter Unterricht per se verdächtig sind. Es sind die gleichen Kreise, die Selektionen nach der Primarschule vehement bekämpfen.»

Reformen beschränken sich nicht auf die Volksschule, sie haben auch die Berufsfachschulen ergriffen. In der neuen KV-Ausbildung werden keine Fächer wie «Rechnungswesen» oder

«Buchhaltung» mehr unterrichtet. Der Unterricht findet in den „Handlungskompetenzbereichen“ (HKB) statt. Wie beurteilen Sie diesen Systemwechsel?

«Vor solchen Sammelfächern, wie sie der Lehrplan 21 gepusht hat und die nun auch in die KV-Reform durchdrücken, warnte der renommierte Entwicklungspsychologe und Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Franz E. Weinert: «Fächer sind als Wissenssysteme unerlässlich für kognitives Lernen. Es gibt überhaupt keinen Grund für einen heterogenen Fächer-Mischmasch», betonte er. Als Ausnahme nannte der Lernpsychologe Weinert den Projektunterricht; reale Phänomene oder Probleme unserer Welt bilden hier den Ausgangspunkt des Lernens.»

Den Sog des Gymnasiums spürt die Berufsbildung. Wie ist die Attraktivität der Berufslehre zu halten oder gar zu steigern?

«Erst in der Werkstatt habe ich das Denken gelernt.» Das sagt der Philosoph und gelernte Motorradmechaniker Matthew B. Crawford. Für ihn geht das Denken über die Hand. Die Hände, so Crawford, seien der äussere Verstand. Und erst das Greifen führe zum Begreifen. Genau das ermöglicht das Handwerkliche, ermöglicht die Berufslehre. Und noch etwas wissen wir: Zwischen Denken und Tun gibt es einen grossen Sinnzusammenhang. Auch darin liegt die Attraktivität einer Berufslehre.

Es müsste uns besser gelingen, den Wert der beruflichen Grundbildung aufzuzeigen und welche Möglichkeiten sie in unserem durchlässigen Bildungssystem beinhaltet – gemäss dem chancengerechten Grundsatz: Jeder Abschluss führt wiederum zu einem Anschluss.»

Wohin steuert das Gymnasium mit dem Reformprojekt «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität WEGM»? Ich frage Sie mit Ihrer Frage: «Humboldt oder McKinsey?»

«In aller Kürze nur eine einzige Bemerkung zu einem weiten Feld. Der «Rahmenlehrplan Gymnasiale Maturitätsschulen» spricht Bände. Er liest sich als Mischung aus einem Europarat-Dokument, dem Text eines globalen Bildungsakteurs und einem KI-generierten Bildungstext. Die Antwort ist leider einfach: Da dominiert McKinsey! Wilhelm von Humboldts Bildungsidee tritt in den Hintergrund. Für viele ist er ja schon längst tot.»

Weder andauernde Reformen noch starrer Stillstand dienen der Schule. Mit Blick auf die Weiterentwicklung: Welche Kriterien sollen künftige Reformprozesse angesichts des Primats der Politik und der Relevanz für die Schulpraxis beachten?

«Schule und Unterricht sind immer Kinder ihrer Zeit. Das lehrt die Geschichte. Und noch etwas zeigt uns der Blick zurück:

> *Die Schule hat einen Doppelauftrag. Sie muss zeitgemäss sein und gleichzeitig den Mut zu Konstanten aufbringen. Konkret: Sie bleibt im Wandel stets auch dem verpflichtet, was immer gilt und keinem Verfallsdatum unterliegt. Darin liegt das Widersprüchliche und darum Anspruchsvolle der Schule, das Dialektische: Sie muss sich ändern und gleichzeitig Zeitloses vermitteln wie humane Werte und kulturelle Grundfertigkeiten: das Herkömmliche wie das Fortschrittliche. Schule muss beides verbinden und beidem gerecht werden.*

Und wie bereitet die Schule von heute die Kinder auf die Welt von morgen vor? Eine Welt, die einer bislang kaum gekannten Zivilisationsdynamik unterliegt und sich fleissig revolutioniert. Eines wird immer gefordert und wie ein Mantra postuliert: junge Menschen fit machen für flexible Zeiten, für

die digitalisierte, von Künstlicher Intelligenz KI geprägte Zukunft, für eine Ära, in der man sich beruflich ständig verändert und neuen Aufgaben stellt. Zu den Galionsgestalten der Gegenwart gehört darum der flexible Mensch. Dieses Zauberwort, die Flexibilität, hat der amerikanische Soziologe Richard Sennet in einem luziden Buch beschrieben.»

«Doch wie wird man flexibel in einer Welt des permanenten Wandels? In einer Welt, in der kaum mehr etwas konstant und sicher ist.»

> *«Ein Ding richtig können sei mehr als Halbheiten im Hundertfachen. Was der Dichter und Denker Goethe sinngemäss forderte, müsste die Schule des 21. Jahrhunderts verlangen: klar in ihren Ansprüchen, bemüht um elementares Basiswissen und intensives Training dauernd gültiger Qualifikationen: verstehendes Lesen und kohärentes Schreiben, präzises Rechnen, logisches Denken und freies Fantasieren. Solche elementaren Grundkompetenzen sind das Ergebnis systematischen Lernens und kreativen Arbeitens, sind Resultat einer ganz unflexiblen Hingabe an die Basics. Nur so wird man flexibel! «Get the fundamentals right, and the rest will follow.» Dem ist nichts beizufügen.»*

SICHTWEISENSCHWEIZ.CH dankt Dr. Carl Bossard für dieses Interview.

Breite Kritik an den Förderklasse-Plänen

NZZ, 15. November 2025, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach

FDP, SVP und GLP sind unzufrieden – Verbesserungen der Gesetzesvorlage zur integrativen Schule werden verlangt

Die Debatte um die Zukunft der integrativen Schule im Kanton Zürich ist einen kleinen Schritt weiter. Am Donnerstag hat die Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) ihren Plan zur Umsetzung der Förderklassen-Initiative publiziert. Eine Mehrheit aus SVP, FDP und GLP im Kantonsrat hatte das Volksbegehren im Frühling bereits angenommen und bei dieser Gelegenheit auch darauf verzichtet, einen Gegenvorschlag zu formulieren. Steiner wiederum hatte in der Debatte im Parlament wenig Begeisterung für Förderklassen erkennen lassen, in denen besonders schwierige Schüler mindestens für ein Semester getrennt von ihrer angestammten Klasse unterrichtet werden sollen.

Die Bildungsdirektorin hatte grundsätzliche Bedenken. «Wenn es der Schule nicht gelingt, Kinder zu integrieren, wird es uns auch später nicht gelingen», sagte sie damals. In einem Interview mit der NZZ von Ende September allerdings erklärte Steiner, das Volksbegehren nicht verwässern zu wollen. Hat sie Wort gehalten?

Wie von den Initianten verlangt, sollen (Schul-)Gemeinden künftig die Möglichkeit erhalten, neben Kleinklassen für Kinder und Jugendliche «mit besonders hohem Förderbedarf» auch Förderklassen einzurichten «für Schüler, deren Verhalten den Schulbetrieb in der Regelklasse erheblich beein-

trächtigt». Das Volksschulgesetz soll entsprechend geändert werden. Geführt werden sollen diese Förderklassen von schulischen Heilpädagogen. Auch das hatten die Initianten verlangt.

Entscheid obliegt der Schulpflege

Eine Förderklassen-Pflicht hingegen – diese Frage hatte immer wieder für Irritationen gesorgt – soll es nicht geben. Das neue Mittel kann, aber es muss nicht zur Anwendung kommen. Der Entscheid, ob an dieser oder an jener Schule eine Förderklasse eingerichtet werden soll oder nicht, liegt bei der Schulpflege. Sie muss den Bedarf feststellen und eine allfällige Zuteilung der Kinder vornehmen. Das ist in Steiners Vorschlag explizit so festgehalten, nachdem sich dieser Konsens im Kantonsrat durchgesetzt hatte. Ob jemand in einem solchen Sondersetting bleiben muss oder bereits nach einem oder mehr Semestern in die alte Klasse zurückkehren kann, soll regelmässig überprüft werden. Denn der Zweck von Förderklassen ist klar, und so steht es auch in der vorgeschlagenen Gesetzesänderung: «Der Unterricht hat die Rückkehr in die Regelklasse zum Ziel.»

Die Umsetzungsvorlage der Bildungsdirektorin enthält noch einen weiteren Punkt: Primar- und Sekundarschulen sollen künftig auch sogenannte erweiterte Lernräume oder Schulinseln einrichten können. Steiner selbst hatte diese Idee schon früher eingebracht, aber dann wurde sie von der Förderklasseninitiative überholt. Viele Zürcher Schulen kennen diese Lernräume bereits, jetzt sollen sie auch im Gesetz verankert sein. Im Gegensatz zu Förderklassen soll dieses Setting schnell und kurzfristig Abhilfe schaffen. Etwa, wenn Kinder ausrasten, ohne dass sie deswegen für ein ganzes Semester oder länger in eine Förderklasse «verbannt» werden müssten. Die Time-out-Räume sollen aber auch für integrative Fördermassnahmen, zur Förderung von begabten Kindern und Jugendlichen und als «Mini-Sonderschulen» im gleichen Schulhaus («integrierte Sonderschulung») genutzt werden können. Hier sollen die Lehrerinnen und Lehrer selber entscheiden, wer sich auf einer Schulinsel eine Auszeit vom ordentlichen Unterricht nehmen darf oder muss.

Silvia Steiner spricht von einer Kaskade: Die Gemeinden sollen eine Auswahl haben aus mehreren Möglichkeiten und Stufen, um die Probleme des integrativen Unterrichts besser bewältigen zu können. Regelklassen, Kleinklassen, Förderklassen, Schulinseln, Sonderschulung. Sie habe den Auftrag des Parlaments als Chance für einen breiten Ansatz verstanden, sagte die Mitte-Politikerin am Donnerstag gegenüber der NZZ. «Die Volksschule braucht Rezepte, denen alle Lager zustimmen können.» Daher hoffe sie, dass Befürworter und Gegner der Förderklasseninitiative mit ihrem Vorschlag leben könnten.

«Das wäre eine Verwässerung»

Ob Steiners Kalkül aufgeht, ist allerdings offen. Das Initiativkomitee um die Stadtzürcher Gemeinderätin Yasmine Bourgeois (FDP) und die Präsidentin der grünliberalen Fraktion im Kantonsrat, Christa Stünzi, begrüsst zwar die Stossrichtung der Gesetzesvorlage. Bourgeois, Stünzi und ihre Mitstreiter von der SVP fordern jedoch Verbesserungen.

Die Unterscheidung zwischen Kleinklassen (für Schüler mit Lernschwierigkeiten) und Förderklassen (für Verhaltensauffällige) etwa halten sie nicht für sinnvoll. Für Bourgeois und ihre Verbündeten ist klar: Förderklassen sollen auch Kindern offenstehen, die keine Systemsprenger sind und trotzdem mehr Betreuung brauchen als andere Schüler. Und überhaupt: «Frau Steiner hat ihre alte Idee der Lernräume einfach mit eingebaut», sagt Bourgeois. Das berge die Gefahr, dass Schulen auch

dann auf dieses Mittel setzten, wenn Förderklassen eigentlich geeigneter wären. «Das wäre in der Tat eine Verwässerung unserer Initiative», sagt Bourgeois. Einen Zwang wünschen sich die Befürworter nach wie vor nicht. Aber sie verlangen verbindlichere Vorgaben vom Kanton, dass bei ausgewiesenem Bedarf Förderklassen eingesetzt werden sollen.

Bourgeois arbeitet als Schulleiterin. Sie lässt durchblicken, dass viele Entscheidungsträger im Bildungswesen Förderklassen aus politischen Gründen ablehnten: Das Konzept passe nicht zur gängigen Vorstellung von integrativer Schule. «Stattdessen schiebt man Schüler lieber zwischen Regelklassen und Schulinseln hin und her.» Förderklassen indes würden ein stabiles Umfeld bieten, findet Bourgeois.

Rochus Burtscher, Kantonsrat der SVP und Mitglied der Bildungskommission, sieht es ähnlich. «Die Integration um jeden Preis hat versagt.» In vielen Fällen diene dieser Ansatz weder dem betroffenen Kind noch den anderen in der Klasse. Man werde genauestens darauf achten, dass aus dem Entwurf des Regierungsrats ein wirksames Instrument werde, lässt der SVP-Politiker via Communiqué der Volkspartei mitteilen.

Die Gegner der Initiative hingegen sind zufrieden mit dem Vorschlag von Silvia Steiner. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband hatte die Förderklasseninitiative ebenfalls bekämpft. Das Volksbegehren bringe keine Entlastung, Förderklassen kämen einer stigmatisierenden Bestrafung gleich, war aus Verbandskreisen zu vernehmen. Jetzt sagt die Präsidentin Lena Fleisch: «Wir begrüssen die Erweiterung der Vorschläge von Frau Steiner.» Sie seien so formuliert, dass Gemeinden und Schulen wählen könnten, was am besten zu ihren Bedürfnissen passe. «Wenn es eine Förderklasse sein soll, so ist das legitim.» Auch die Grünen unterstützen die Umsetzungsvorlage der Bildungsdirektorin.

Die Debatte im Parlament dürfte interessant werden. Dort verfügt die «Förderklassen-Koalition» aus SVP, FDP und GLP über eine komfor- table Mehrheit.

Silvia Steiner sagt Ja zu Förderklassen

Tages-Anzeiger, 14. November 2025, Zürich, Fabienne Sennhauser

Gesetzesentwurf • Der Kantonsrat hat die Föderklasseninitiative gegen den Willen der Regierung angenommen. Jetzt präsentiert die Bildungsdirektorin dem Parlament ihren Plan, wie sie das Volksbegehren umsetzen will.

Schwierige Kinder separieren, statt um jeden Preis zu integrieren: Das ist das erklärte Ziel der Förderklasseninitative. Der Zürcher Kantonsrat hat die Volksinitiative eines Komitees um die Oetwiler Schulleiterin und Stadtzürcher FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois im März angenommen.

Jetzt ist klar: Geht es nach Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Die Mitte), wird es keinen Systemwechsel geben. Und trotzdem reagieren sowohl Befürworter als auch Gegner des Anliegens verhalten positiv.

Die Volksinitiative verlangt, dass im Kanton Zürich nach zwanzig Jahren das Prinzip der integrativen Schule aufgeweicht wird. Konkret sollen verhaltensauffällige Schüler und solche mit einer Lernschwäche bei Bedarf semesterweise in Förderklassen eingeteilt werden können.

Im Kantonsrat versenkt, jetzt im Gesetzesentwurf

Silvia Steiner selbst hält wenig von dem Volksbegehren. Sie hatte der Initiative das Modell des erweiterten Lernraums entgegengesetzt. Dieses sieht vor, dass besonders schwierige Kinder für kurze Time-outs in sogenannte Schul- oder Lerninseln geschickt werden können. Der Kantonsrat lehnte diesen Vorschlag ab. Doch Steiner hält nun daran fest. Das ist dem Gesetzestext zu entnehmen, den Steiner in den letzten Monaten ausgearbeitet hat und der seit Mittwoch vorliegt.

Dieser sieht vor, dass die Schulen künftig selber entscheiden können, ob sie Förderklassen führen oder auf die Time-out-Lösung setzen. Wie die Bildungsdirektion in einer Mitteilung schreibt, werden Förderklassen als eigene Form der sogenannten besonderen Klassen ins Volksschulgesetz aufgenommen. Zur weiteren Stärkung der Regelklassen sollen aber auch erweiterte Lernräume («Schulinseln») gesetzlich verankert werden.

«Wir haben uns lange Gedanken gemacht, wie wir der Initiative Rechnung tragen, ohne die heute gefestigten Modelle in den Schulen und die Gemeindeautonomie aufs Spiel zu setzen», sagt Bildungsdirektorin Silvia Steiner.

Ein Mittelweg also? Das verneint Steiner. Sie sieht die Förderklassen und die Schulinseln als zwei sich ergänzende Instrumente, um die Schulen und Lehrpersonen zu entlasten. Durch die gesetzliche Verankerung des erweiterten Lernraums erhielten Schulen die Möglichkeit, schnell kurzfristige Entlastungsmöglichkeiten zu schaffen. Mit dem Modell der Förderklassen könne, wo nötig, längerfristig entlastet werden. Mit den Kleinklassen, die Gemeinden für Schülerinnen und Schüler mit besonders hohem Förderbedarf schon heute führen könnten, stelle man den Gemeinden eine ganze Kaskade an Entlastungsmöglichkeiten zur Verfügung.

«Unsere Volksschule lebt davon, dass Lösungen zur Verfügung stehen, die den Bedürfnissen vor Ort gerecht werden», sagt Steiner. Ihr sei es wichtig gewesen, einen Vorschlag zu machen, der von links bis rechts gestützt werden könne, sagt Steiner. In diesem Sinn sei es vielleicht doch ein Mittelweg. «Aber es ist kein halbherziger», betont Steiner.

Initiantin Yasmine Bourgeois fehlt Verbindlichkeit

Und was sagt die Hauptinitiantin zum Entwurf? «Die Stossrichtung stimmt», lautet das erste Fazit von Yasmine Bourgeois. «Was mir jedoch fehlt, ist die Verbindlichkeit.» Die FDP-Gemeinderätin befürchtet, dass bei der jetzigen Ausgestaltung des Gesetzesentwurfs Förderklassen nicht oder kaum zum Einsatz kommen könnten. Dies, weil in der Vorlage nicht zum Ausdruck kommt, dass erweiterte Lernräume als Ergänzung zu Förderklassen und nicht als Alternative dazu zu verstehen sind.

Der erweiterte Lernraum sei lediglich eine kurzfristige Lösung. «Wichtig ist, dass Kinder, die einen ausgewiesenen Förderbedarf haben, diesen nachhaltig erhalten - und nicht einfach immer wieder für einige Stunden hin- und hergeschoben werden.» Dafür will sich Bourgeois gemeinsam mit der Co-Präsidentin des Initiativkomitees, GLP-Kantonsrätin Christa Stünzi, weiterhin einsetzen.

Auch SVP-Kantonsrätin Anita Borer bezweifelt, dass der Gesetzesentwurf ausreicht, damit Schulen künftig tatsächlich auf Förderklassen setzen. Für sie ist es unverständlich, warum der erweiterte Lernraum ebenfalls im Gesetz verankert werden soll. «Der Fokus muss auf einer hohen Unterrichtsqualität in den Regelklassen liegen.» Das stundenweise Herausnehmen von Kindern sorge für mehr Unruhe.

Ist die SVP gewillt, das Referendum zu ergreifen? Borer beantwortet die Frage so: «Ich bin jedenfalls überzeugt, dass wir mit unserem Anliegen in der Bevölkerung gute Chancen hätten.»

Für Grüne und SP «nicht die schlimmste Lösung»

Das Referendum angekündigt hatten in der kantonsrätlichen Debatte im März die Grünen und die AL. «An unserer Haltung hat sich nichts geändert», sagt Karin Fehr Thoma (Grüne). «Förderklassen sind ein Rückschritt und keine Notwendigkeit.»

Das bestätigt auch Fehr Thomas Parteikollegin Livia Knüsel. Trotzdem begrüsse man die Umsetzungsvorlage, wie sie aktuell formuliert sei. Dies, weil die Gemeindeautonomie erhalten bleibe und auch die heute gefestigten teilintegrativen Settings möglich blieben. Auch für die SP ist die präsentierte Vorlage «nicht die schlimmste Lösung», wie Kantonsrätin Carmen Marty Fässler sagt. «Wir stehen weiterhin für eine inklusive Schule ein.» Die SP sei sich der Herausforderungen an den Schulen bewusst, sie fordere deshalb schon länger andere Lösungen mit genügend Ressourcen und flexiblen Modellen für die Gemeinden.

Bis spätestens im Juni 2026 muss der Kantonsrat nun den Gesetzesentwurf beraten. Heisst er ihn gut, kann das Referendum ergriffen werden. Gut möglich also, dass es noch zu einer Volksabstimmung kommt. Lehnt das Parlament ab, beginnt alles bei null.

Sie bringt Ruhe in die emotionale Debatte

Tages-Anzeiger, 14. November 2025, Meinungen, Fabienne Sennhauser

Bildungsdirektorin Silvia Steiner findet bei der integrativen Schule den Mittelweg. Beim Frühfranzösisch könnte sie an Grenzen stossen.

Die Steiner-Strategie scheint aufzugehen. Die Kritik an der integrativen Schule ist laut, die Debatte darüber emotional, die Fronten sind verhärtet. Entsprechend gespannt wartete man auf den Vorschlag der Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner, wie sie die Förderklasseninitiative umzusetzen gedenkt.

Nun herrscht Klarheit. Förderklassen werden - wie von den Initianten verlangt - ins Volksschulgesetz aufgenommen. Gleiches gilt für die erweiterten Lernräume («Schulinseln»). Jene Idee, die Steiner im Zürcher Kantonsrat der Förderklasseninitiative entgegengestellt hatte. Und Steiner lässt den Schulen die maximale Freiheit. Sie sollen selbst wählen, welches Mittel für sie passt.

Mit diesem Vorschlag bleibt sich Steiner einmal mehr treu. Sie ist nicht die Politikerin der unkonventionellen Lösungen, sondern des politisch Machbaren. Wüsste man nicht, in welcher Partei sie ist, wäre es spätestens nach dieser Reform klar.

Die Steiner-Strategie ist eigentlich nichts anders als der Schweizer Kompromiss: ein Mitte(l)-Weg. Ist das politisch klug? Mit Blick auf die bisherigen Reaktionen war es zumindest erfolgreich.

Steiner hat eine wohltuende Ruhe in die Debatte gebracht.Es stellt sich allerdings die Frage, ob sie dieser Weg auch bei der bisher grössten bildungspolitischen Frage zum Erfolg führen wird: bei Frühfranzösisch.

Bei der integrativen Schule profitierte die Bildungsdirektorin davon, dass ihr die Initianten Gestaltungsspielraum liessen. Bei Frühfranzösisch liegt die Sache anders. Die Forderung des Kantonsrats ist unmissverständlich: Schülerinnen und Schüler sollen auf Primarstufe keinen Französischunterricht mehr erhalten. Der Entscheid ritzt auch das Bildungskonkordat Harmos mit den anderen Kantonen. Zürich muss damit rechnen, dass der Bund intervenieren wird.

Ein Mittelweg scheint hier nicht in Sicht.

«Wir kommen nicht mehr aus dem Abklären raus»

Luzerner Zeitung, 27. Oktober 2025, Piazza, Ralph Steiner, watson

Eine wachsende Anzahl an Kindern wird auf Entwicklungsstörungen abgeklärt. Woran liegt das, und was lässt sich dagegen tun? Drei Beteiligte geben Auskunft.

«Immer mehr Kinder im Vorschul- und Schulalter sind auf Unterstützung angewiesen. In den vergangenen zehn Jahren ist der Bedarf um mindestens 30 Prozent angestiegen.» Das sagt Michael von Rhein, Leiter des Bereichs Sonderpädagogik und leitender Arzt in der Abteilung Entwicklungspädiatrie am Kinderspital Zürich.

Über die Gründe für diesen signifikanten Anstieg kann von Rhein nur spekulieren. «Vielleicht hat man diese Kinder mit besonderen Bedürfnissen vor zehn, zwanzig Jahren weniger wahrgenommen.»

Den Anstieg an Kindern mit Unterstützungsbedarf hat auch Esther Denzler festgestellt. Denzler, seiteinem Jahr pensioniert,war über 40 Jahre lang Primarlehrerin im Kanton Zürich. Zudem war sie als Heilpädagogin aktiv. Unzählige Kinder hat sie begleitet. «Gewisse Kinder haben komplexe Rucksäcke.»

Der früheren Primarlehrerin machten im Unterricht jedoch weniger die Kinder mit einer körperlichen, geistigen oder sprachlichen Beeinträchtigung zu schaffen. Vielmehr waren es jene mit einer Verhaltensauffälligkeit. Denzler führt aus: «Verhaltensauffällige Kinder oder solche mit mangelnder Sozialkompetenz stören mit ihrem Benehmen den Rest der Klasse und können den ganzen Unterricht lähmen.»

Schulpsychologische Dienste sind überlastet

Nicht nur der tatsächliche Unterstützungsbedarf, sondern auch der Wille, ein Kind auf ADHS oder eine andere Störung abzuklären, hat markant zugenommen. Diese Zuweisungen von Schulkindern an die Abteilung Entwicklungspädiatrie stiegen in den vergangenen Jahren derart stark an,«dass wir das kaum noch bewältigen konnten»,sagt Kinderarzt von Rhein. Bei Problemen in der Schule ist von Rhein deshalb bestrebt, dass betroffene Kinder für eine Erstabklärung zunächst den Schulpsychologischen Dienst aufsuchen.

Auch die Schulpsychologischen Dienste seien jedoch zunehmend überlastet, erzählt die ehemalige Primarlehrerin Denzler. «Früher konnte ich bei starken Auffälligkeiten eine Kindes den Schulpsychologischen Dienst zu niederschwelligen Beratungen hinzuziehen. Nach einem Klassenbesuch haben wir jeweils die weiteren Schritte besprochen. Heute ist dieses Vorgehen mangels Ressourcen leider beinahe undenkbar.»

Kinder werden schneller abgeklärt als früher

Obwohl eine Diagnostizierung in vielen Fällen wichtig sei, stört sich Kinderarzt von Rhein daran, dass heutzutage oft auch bei Kindern mit leicht auffälligem Verhalten rasch an eine Abklärung gedacht werde. Er plädiert dafür, dass Kitas und Schulen personell ausreichend ausgestattet und dafür ausgebildet sein sollten, ein Spektrum an verschiedenen Kindern auszuhalten. «Nur Kinder mit klar erkennbaren Entwicklungsproblemen oder psychische Störungen sollten ärztlich abgeklärt werden.»

Er sagt, im schulischen Kontext komme es vor, dass es heisse: «Dieses Kind funktioniert nicht ganz so, wie wir uns das vorstellen.Bestimmt hat es eine Krankheit oder Störung.» Von Rhein setzt sich dafür ein, Kinder wieder mehr so anzunehmen, wie sie sind.

Dagmar Rösler ist Präsidentin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz. Zum Vorwurf, Schulen förderten Abklärungen, sagt sie: «Ich finde das eine etwas verkürzte Theorie.» Die Gesellschaft verändere sich stark und mit ihr auch die Kinder. Die Heterogenität in Schulhäusern und Klassen nehme stetig zu. Diese veränderte Ausgangslage führe dazu, dass tatsächlich viele Kinder Hilfe benötigten.

Hinzu komme, dass «Lehr-ersonen sich nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen möchten, weggeschaut und keine Unterstützung veranlasst zu haben». Rösler betont: «Das Argument, dass man statt dessen die Kinder so nehmen muss, wie sie sind, trägt der grossen Komplexität, in der Lehrpersonen sich befinden, leider nicht Rechnung.»

Die ehemalige Primarlehrerin Denzler findet: Kinder mit auffälligen Verhaltensweisen habe es schon immer gegeben und dass man sie heute ernster nehme,sei positiv. Doch problematisch sei, dass der Fokus primär auf den erwähnten auffälligen, lauten Kindern liege. Das habe zur Folge, dass ein stilles, introvertiertes Kind mit Entwicklungsstörung unbemerkt bleiben könne.

Wie von Rhein verortet auch Denzler das Bedürfnis nach einer Diagnose primär bei den Schulen. Allerdings aus einem anderen Grund: «Lehrpersonen können oft nur auf zusätzliche Unterstützung für ein Kind hoffen, wenn es abgeklärt ist oder eine Diagnose vorliegt.»

Rösler vom Lehrerinnen- und Lehrerdachverband sagt dazu: «Das System verlangt Abklärungen, die zuerst getätigt werden müssen, bevor man Unterstützung erhalten kann.»

Heilpädagoginnen sind oft nur drei Stunden da

Könne bei der Abklärung kein eindeutiger Befund (zum Beispiel ein niedriger IQ) festgestellt werden, seien die daraus resultierenden Unterstützungsmöglichkeiten meist sehr beschränkt. Die Lehrpersonen fühlten sich oft im Stich gelassen, sagt Denzler.

Für diese Kinder müsse sich die Klassenlehrperson sehr empathisch und zeitintensiv einsetzen, etwa mit aufwendiger Elternarbeit. Doch auch das habe regelmässig nicht ausgereicht. Sie sagt: «Für Kinder ohne Diagnose braucht es mehr Leute im Klassenzimmer.»

Leute wie Ronja Meier (Name geändert). Die Primarlehrerin beendete diesen Sommer die berufsbegleitende Ausbildung zur Heilpädagogin. Pro Klasse sind es vier bis sechs Kinder, welche die Unterstützung Meiers benötigen. Auf die Frage, ob dies zu stemmen sei, antwortet die Heilpädagogin: «Nein, nicht wirklich. Ich kann nicht allen Kindern gerecht werden, die Hilfe benötigen.»

Auch seien drei Lektionen pro Klasse generell viel zu wenig.«Kinder auf dieser Stufe haben zehn Lektionen Mathe und Deutsch pro Woche. Was machen sie in den sieben Lektionen, in denen ich abwesend bin?»

«Die integrative Schule kommt an ihre Grenzen»

Aktuell ist Meier in einem Zürcher Schulkreis mit sozioökonomisch bessergestellten Familien tätig. Als Folge davon spricht die Stadt weniger Ressourcen. Für die Heilpädagogin ist dieses nicht nachvollziehbar. Sie sagt: «Auch eine sozial bessergestellte Familie kann ein Kind mit Lernschwierigkeiten oder einer Behinderung haben. Was zählt, ist der Einzelfall.»

Zum Sozialindex nimmt Rösler vom Lehrerinnen- und Lehrerdachverband nicht Stellung, ausser dass nicht alle Kantone ihn nutzen würden. Sie bestätigt jedoch, dass Schulen noch immer mit Personalmangel zu kämpfen hätten. Auch im Therapiebereich. Rösler führt aus: «Den nicht abebbenden Ruf nach mehr Ressourcen kann man damit abtun, dass Lehrpersonen offenbar nie zufrieden sind mit den Ressourcen. Man kann ihn aber auch als wichtiges Zeichen anschauen, dass wir mit der integrativen Schule an eine Grenze gekommen sind und ernsthaft Lösungen suchen müssen, wie man diese gezielt stärken kann.»

Wie Ex-Primarlehrerin Denzler ist auch Heilpädagogin Meier überzeugt, dass Ressourcen viel schneller und unkomplizierter gesprochen werden müssten. «Wenn ich merke, dass ein Kind sofort Hilfe braucht, dauert es fast eineinhalb Jahre, bis die Unterstützung bewilligt wird.»

Es braucht Ruhe, Zuversicht und gut geschulte Lehrpersonen

Luzerner Zeitung, 3. November 2025, Forum, Leserbrief

«Diagnose-Boom bei Kindern: ‹Wir können das kaum bewältigen.›» Ausgabe vom 27. Oktober

Innert zehn Jahren sei der Bedarf an Sonderpädagogik für Schulkinder um 30 Prozent gestiegen, sagt der leitende Arzt der Abteilung Entwicklungspädiatrie am Kinderspital Zürich. Wie ordne ich das Phänomen ein? Kindererziehung war noch nie einfach. Auch aktuell ist Elternsein kein Sonntagsspaziergang. In vielen Familien setzt die teils intensive Berufstätigkeit beider Eltern das Familienleben einer mitunter strapaziösen Hektik und angespannten Ungeduld aus.

Wen triffts besonders, wenn die Luft dünn wird? Die Kinder. Kann man und frau nach einem strengen Arbeitstag die kindlichen Bedürfnisse nach Aufmerksamkeit und Zuwendung noch würdigen? Oder müssen stattdessen Kinder ihre Sachen mit sich selbst ausmachen? Vielleicht vor TV oder Smartphone geistig und emotional dumpf und stumpf werden? Oder aber unbewusst auf ein Ventil ausweichen? Zum nervösen Zappelkind werden, Aufmerksamkeits- oder Sprachstörungen entwickeln? Was die Schulen anbelangt, stelle ich fest, dass pädagogisches wie auch psychologisches Wissen, Verstehen und Können zusehends verkümmern. Als Kindergärtnerin kann ich mich in den letzten mindestens 20 Jahren an keine einzige Weiterbildung erinnern, an der gelehrt wurde, dass kindliche Entwicklungsstörungen immer Ausdruck seiner Lebensgeschichte und Lebensumstände und seines Lebensgefühls sind.

Dass «in eine persönliche Unzulänglichkeit hinein geraten» keine Einbahnstrasse ist. Sondern dass es mit Hilfe einer fundiert geschulten, sorgfältig und einfühlsam anleitenden Lehrperson immer einen Ausweg gibt.

Ich empfehle einerseits Ruhe und Sinnhaftigkeit im liebevollen Familienalltag, vornehmlich geleistet durch zufriedene Eltern. Andererseits für uns Lehrpersonal endlich die notwendige Aus- und Weiterbildung in Pädagogik und Psychologie, gepaart mit der unerschütterlichen Zuversicht und Freude für jedes einzelne Kind.

Claudia Meier-Preuschoff, Oberkirch